

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erste Ausgabe 2 mal täglich, auch Montag früh — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M., durch den Postträger 1.30 M., vierteljährlich 3.90 M., ohne Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptredaktion: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Fernruf Nr. 1915, 1916, 1917. — Anzeigenpreis: In Wiesbaden und Provinz Nassau 25 Pf., in anderen Gegenden 30 Pf., in Belgien 1.20 M., in Frankreich 1.50 M., in Holland 1.80 M., in England 2.00 M.

Nummer 110.

Freitag, 1. März 1918.

72. Jahrgang.

Der Stand der Friedensverhandlungen.

Die Antrittsrede des Vizekanzlers.

Die parteiamtliche „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt: Herr von Payer hat am Montag in seiner Antrittsrede als Vizekanzler zum Beginn und zum Schluss auf die unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, alle Kräfte zusammenzufassen und durch bürgerliche Einigkeit an dem Werke unserer siegreichen Heere mitzuarbeiten. Wenn er die Wirkung seiner Rede betrachtet, so wird er selbst davon überzeugt sein, daß er die Absicht, die er seiner Rede zugrunde legte, nicht erreicht hat. Und doch sah sich Herr von Payer einer weitpolitischen Lage gegenüber, die es ihm wie selten einem Staatsmann zur dankbaren Aufgabe hätte machen können, die Einigkeit der Parteien in Deutschland auszusprechen. Am Ende der Rede in Sicht vom Rheinischen Meerbusen herab bis zum Schwarzen Meer, im Westen eine Entscheidung im Grenzstreifen, die Deutschlands Kraft noch einmal auf die höchste Probe stellen wird! Wie leicht wäre es angesichts dieser Lage gewesen, die Parteien zur Einigkeit aufzufordern, wie leicht wäre es gewesen, die preussische Wahlrechtsfrage im Gesamtrahmen des Ganzen in das richtige Licht zu stellen und auch die Gegner der Wahlrechtsvorlage bei allem sachlichen Widerstand doch mit den Absichten der Regierung zu versöhnen. So hätte sich in fruchtbringender Weise der Geist der Einheit, der an unseren Fronten herrscht, auch auf unsere politischen Zustände in der Heimat erstrecken lassen.

Statt dessen hat die Parteiführung leider versagt und auf die Gegenstände gewirkt. Dadurch zu billigen sind die Ausführungen des Vizekanzlers über die Streikangelegenheit. Allerdings scheint es auch hier nicht ganz unbedenklich zu sein, daß er sie mit dem gleichen Maßstab in Verbindung brachte. Es könnte dadurch der falsche Schein entstehen, als sei überhaupt jemals eine denkbare Möglichkeit geherrscht, während des Krieges den Streik in den Dienst politischer Forderungen zu stellen. Davon aber abzusehen, hielt sich auch das, was Herr von Payer über die preussische Wahlrechtsvorlage sagte, im Rahmen des Regierungsprogramms. Unverkäuflich aber mußte es für die Konfessionen sein, mit Politikern wie Dittmann und den Streikenden auf dieselbe Stufe gestellt zu werden. Daß sie gegen die Sache, in denen eine derartige Aufstellung zum Ausdruck kam, scharfen Widerspruch erhoben, kann wahrlich nicht wundernehmen. Auch hier hätte es Herr von Payer sicher leicht gehabt, die geordnete Form für seine sachlichen Darlegungen zu finden. Es ist immer ein zweifelhafter Versuch, die Unstimmigkeiten, die ja nicht nur in der konservativen Partei ihr Wesen treiben, der Verantwortlichkeit einer ganzen Fraktion oder Partei aufzubürden. Es würde außerordentlich zu beklagen sein, wenn die Nachwirkung der Payerischen Rede durch die ganze Einheitspartei und weiter darüber hinaus sichtbar bleiben sollte. Es wäre wünschenswert und erfreulich, wenn im Laufe der Verhandlungen sich die Gelegenheit würde, einen Gedanken wieder zu überbrücken, den zu schaffen und offenhalten die Regierung sicher nicht das allergeringste Interesse hat.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers.

Berlin, 28. Febr. (Amtl.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Ämtlicher österr.-ung. Tagesbericht.

Wien, 28. Febr. (Wolff-Tele.)

Ämtlich wird verlautbart:

An einzelnen Abschnitten der Piavefronti erhöhte Artillerieaktivität.

Als Vergeltung für den italienischen Miserevakuat auf die offene Stadt Ronsard belagerten einen Anmarsch aus dem Osten der Nacht am 27. Februar Bomben und militärische Aufmarsch des Kriegsschauplatzes Benedikt mit Bomben und erzielten hierbei zahlreiche, deutlich beobachtete Treffer mit Brandbomben. Der Chef des Generalstabs.

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien.

Unterredung des Grafen Czernin mit dem König.

Bukarest, 28. Febr. (Wolff-Tele.)

Seit dem Eintreffen der Abordnungen der Vierbündnisse in Bukarest haben unverbrüchliche Vorbesprechungen mit General Averescu stattgefunden. Gemäß einer bei diesen Besprechungen getroffenen Vereinbarung hatte der k. und k. österreichisch-ungarische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Czernin, am 27. Februar in dem von rumänischen Truppen noch besetzten Teile Rumaniens eine Unterredung mit König Ferdinand. Im Gespräch mit dem Verbündeten gab

Czernin dem König die Bedingungen bekannt, unter denen der Vierbündnisse bereit wäre, mit Rumänien Frieden zu schließen. König Ferdinand erbat sich eine kurze Bedenkzeit, die ihm gewährt wurde. Von der Antwort des Königs wird es abhängen, ob eine friedliche Lösung möglich erscheint.

Schlechte Aussichten.

Wien, 28. Febr. (Privat-Tele. 15.)

Die „Mittagszeitung“ meldet, daß die Absicht der Vertreter der österreichisch-ungarischen Regierung, an den Vorkriegs Verhandlungen zu gehen, vorläufig fallen gelassen wurde, denn es wird möglicherweise hierzu nicht kommen wegen der unverantwortlichen Haltung Rumaniens, das sich des Erbes der Pace nicht voll bewußt zu sein scheint.

Amsterdam, 28. Febr. (Privat-Tele. 15.)

Am Unterhause erklärte Balfour, daß Schicksal Rumaniens, Armeniens und der besetzten Gebiete Russlands werde auf der allgemeinen Friedenskonferenz entschieden werden ohne Rücksicht auf den erzwungenen Friedensvertrag.

Brest-Litowsk.

Die russische Ordnung noch nicht eintreffend. — Trank kommt nicht.

Berlin, 28. Febr. (Eig. Tele. 15.)

Die zur Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Brest-Litowsk entsandte Ordnung des Rats der Volkskommissare ist entgegen der ursprünglichen Absicht noch nicht dort eintreffend. Sie wird erst heute Nachmittag erwartet. Die Ordnung wird nicht von Trank, sondern von Sokolowski unterschrieben. Trank wird der „B.A.“ zufolge überhaupt nicht nach Brest-Litowsk kommen.

Schwedisches Eingreifen in Finnland.

Kopenhagen, 28. Febr. (Wolff-Tele.)

„National Tidende“ meldet aus Stockholm: Ein schwedisches Kavalleriebataillon, bestehend aus schwedischen Freiwilligen unter schwedischer Leitung, ist nach Finnland abgegangen, um dort am Kampf teilzunehmen. Es wird zu den finnischen Einheiten gehören, da es aus ausgewählten Leuten besteht, am leichtesten und mit vorrätigen Waffen ausgerüstet ist.

Deutscher Reichstag.

Eig. Trahtbericht der „Wiesbadener Zeitung“.

v. Berlin, 28. Febr.

Am Bundespräsidenten v. Payer, Graf Rüdern, Vizepräsident Paasche eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Die erste Lesung des

Haushaltsetats

wird fortgesetzt. (4. Tag.)

Hr. Landsberg (Soz.): Die Aufgabe der Reichstagsmehrheit ist, dafür einzutreten, daß der künftige Frieden mit Russland den Entschickungen des Reichstags entspricht. Darin stimmen wir mit dem Zentrum vollkommen überein. Die Entschickung ist nicht aus Schwäche hervorgegangen. Wir wollen Russland nicht demütigen; wir wollen Frieden mit dem russischen Volk, nicht allein mit der Bolschewik-Regierung. Als Frankreich Straßburg annektierte, galt dies als die weisseste Politik. Jetzt nach zweihundert Jahren ergehen sich die Folgen dieser Politik. So sehr wir uns zur Landesverteidigung bekennen und jeden Landeserrat unterstützen, können wir in dem letzten Streik doch keinen Bundesrat erteilen. Ich empfehle der Regierung dringend, den Gedanken der Anerkennung der Beurteilung in Erwägung zu ziehen. Staatssekretär Balfour hätte die Arbeiter ruhig empfangen sollen, genau so, wie er sich mit Abgeordneten und Herrn von Tirpitz über Politik unterhält. Den Bolschewismus brauchen wir nicht zu fürchten; dieser ist ein russisches Gewächs. Die Konservativen wollen keine Einmischung des Reiches in die Frage des preussischen Wahlrechts. Dabei verlangen sie durch den Mund des Herrn von Döbering, der sich jetzt in den ungläublichen rednerischen Ausbreitungen ergeht, als es sich um die Anerkennung des bayerischen Wahlrechts handelte, zuvor die Genehmigung Preussens einzuholen. Er sprach damals das Wort aus: Gehen Demokraten helfen nur Soldaten! Es fehlt uns allein die Demokratie, mit der allein können wir Erfolgserwartungen innerlich gewinnen. Das Pluralwahlrecht ist ganz unmöglich. Mäße der Tag der Befreiung des preussischen Volkes von dem ungleichen Wahlrecht bald gekommen sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Balfour:

Der Abgeordnete Landsberg ist auf den Streik zurückgekommen und hat sich auch mit meiner Haltung während der kritischen Tage einverstanden erklärt. Ich muß darauf einiges erwidern, obwohl ich glaube, daß ich den Brest-Litowsk ebenfalls von der Mäßigkeit meiner Ansicht überzeugen kann, wie er mich von der Mäßigkeit der seinigen.

gen. Herr Landsberg sagte, der Staatssekretär des Innern hätte umso mehr die streikenden Arbeiter empfangen müssen, als viele Forderungen auch in dem Programm der Regierung ständen, wie beispielsweise die Forderung des preussischen Wahlrechts. Herr Landsberg hat damit in der Tat eine interessante Seite in der deutschen Sache berührt. Die Regierung hat erklärt, wir sehen uns für das gleiche Wahlrecht für das Arbeitskammergesetz und für die Aufhebung des § 153 ein. Nachdem ein solches Abkommen aemittermaßen getroffen war, mußten wir in hohem Maße überrascht sein, daß nun plötzlich die streikenden eine Reihe von Forderungen durchziehen wollten, für die sich die Regierung schon erklärt hatte. Daß ich den Arbeitern sagen sollte, ich stimme dem Regierungsprogramm zu, hätte doch keinen Zweck gehabt, denn das ist bei meiner Zugehörigkeit zur Regierung selbstverständlich. Es hätte doch wohl mehr genützt, wenn die Herren, die zu den streikenden in Beziehung standen, den Arbeitern gesagt hätten, für diese Forderungen braucht ihr nicht erst in den Ausstand zu treten, die Regierung hat sich ja schon dafür erklärt. Vielleicht hätten sie noch beifügen können: Gerade durch den Ausstand wird den Männern, die für dieses Programm sind, die Durchführung ihrer Absicht sehr zum Schaden der heutigen Arbeiter erschwert. („Sehr richtig!“) Durch die Ausführungen des Abgeordneten Landsberg klingt auch hindurch, ich hätte dem Beispiel anderer Behörden folgen und mit den streikenden verhandeln sollen. Welches ist nur mit Gleichem in Parallele zu stellen. Die Stellung eines Ministers ist eine andere als die eines solchen Beamten. Mir wurde die Haltung des Herrn von Döbering als Minister verargelt, der gesagt hat: Ich danke den Herren Sozialdemokraten, daß sie die Forderung der Bewegung in die Hand genommen haben. Ich hätte eine solche Bewegung doch nur machen können, wenn ich mich mit der geschäftlichen Wahrheit in der schmutzigen Weise in Konflikt gesetzt hätte. Von einer solchen Forderung war doch bei Ihnen (an den Sozialdemokraten gewendet) nicht die Rede. („Sehr gut!“) Sie waren von dem Streik selbst überrascht worden! In das eine Forderung, wenn während der Bewegung der Führer nicht einmal in der Lage ist, sich mit der Regierung zu einer Vorbesprechung in Verbindung zu setzen. Da Sie nicht die Forderung hatten, war es Ihnen nicht möglich, eine solche Vorbesprechung abzuhalten. Ich muß trotz aller entgegenstehenden Ausführungen meine Meinung für die richtige halten. Der Abgeordnete Haase ist der Ansicht, daß meine Meinung des Empfindens der streikenden den baldigen Abschluss des Streiks verhindert und ihn in die Länge gezogen habe. Ich bin anderer Auffassung, aber beweisen möchte ich weder meine noch die Ansicht des Abgeordneten Haase. Es scheint aber, als ob er mit seinem Argument eine besonders scharfe Waffe gegen seine eigene Partei schmiedete. Der Reichstagsrat wollte verhandeln mit den Abgeordneten und den Gewerkschaften. Wir haben ja aus den Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Fraktionen gehört, daß eine solche Verhandlung nur an dem Widerspruch der Partei des Abgeordneten Haase gescheitert ist. Wenn also durch das Nichtzustandekommen der Verhandlungen der Streik verlängert worden ist, so fällt demnach die Schuld auf den Abgeordneten Haase und seine Partei. Der Abgeordnete Haase erklärte, bei dem Streik seien Arbeiter erschossen worden. Got sei Dank, hat dieser Streik solche Folgen nicht gehabt. Vor mir steht der Bericht des Berliner Polizeipräsidenten, der besagt, ihm sei nichts davon bekannt, daß Streikende erschossen worden oder ihren Verletzungen erliegen seien. Bei dem Zusammenstoß am kleinen Tiergarten sind Arbeiter verletzt worden. Die meisten gingen ihrer Arbeit wieder nach, andere haben Privatärzte aufgesucht und sind deshalb nicht festgehalten. Ebenso wurde ämtlich festgestellt, daß neben dem erschossenen Nachmeister noch eine große Anzahl von Polizisten auf Schaden gekommen sind. Am ganzen Tag 21 Polizeibeamte durch Schüsse, Steinwürfe und Stöße mehr oder weniger schwer verletzt worden. Das festzustellen und zu erklären, daß die Polizei für ihre Pflichterfüllung unsern Dank verdient, möchte ich nicht unterlassen! (Beifall.) Von einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Abgeordneten Haase kann ich eine Klärung nicht erwarten. Wenn man einerseits die Rot des Volkes so empfindet und den Frieden herbeisehnt, wie wir es tun, dann aber den ersten Frieden, der unsere Ernährungsbedürfnisse lindert und die Aussicht auf den allgemeinen Frieden eröffnet, ablehnt, dann klafft zwischen diesen beiden Auffassungen eine Kluft, die auch der Weisheit nicht auszufüllen vermag! (Beifall bei der Opposition, Widerspruch des Abg. Haase.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Richter, Böde (Loul.) und v. Schläe-Gravenitz (fortf. So.) wird die Weiterberatung auf Freitag Mittag 12 Uhr vertagt. Vorher haben auf der Tagesordnung Anträge, außerdem die Wahlrechtsfrage.

Folgen des Mißbrauchs des roten Kreuzes.

London, 27. Febr. (Wolff-Tele.)

Nachdem das neutrale Bureaus. Die Admiralität teilte mit: Das Hospitalschiff „Glanzi Castle“ wurde am 26. Februar 4 Uhr früh im Kanal von Bristol versenkt.

